

# Gliederung

<b>1. Kapitel - Das Grundgesetz als die Verfassung Deutschlands .....</b>	<b>1</b>
<b>A. Einordnung des Verfassungsrechts.....</b>	<b>1</b>
<b>B. Die historischen Grundlagen des Grundgesetzes .....</b>	<b>4</b>
I. Die Frankfurter Nationalversammlung von 1848/49 .....	4
II. Die Reichsverfassung von 1871.....	4
III. Die Weimarer Reichsverfassung (WRV) von 1919 .....	5
IV. Der Herrenchiemseer Verfassungskonvent von 1948 .....	6
V. Der Parlamentarische Rat von 1948/49 .....	6
VI. Das Nachkriegsdeutschland bis zur Wiedervereinigung 1989/90 .....	6
VII. Die Wiedervereinigung Deutschlands .....	7
VIII. Die Verfassungsreform von 1994 .....	8
IX. Die Verfassungsreform von 2006 (Föderalismusreform I).....	9
X. Die Verfassungsreform von 2009 (Föderalismusreform II).....	11
<b>2. Kapitel - Grundbegriffe des allgemeinen Staatsrechts.....</b>	<b>12</b>
I. Die Drei-Elementen-Lehre.....	12
1. Das Staatsgebiet .....	12
2. Das Staatsvolk .....	13
3. Die Staatsgewalt .....	15
4. Besonderheiten .....	16
II. Zusammenfassung.....	17
III. Der Staat als juristische Person.....	17
<b>3. Kapitel - Staatsformmerkmale und Staatszielbestimmungen .....</b>	<b>20</b>
<b>A. Überblick über Staatsformen, Regierungsformen und Staatsziele.....</b>	<b>20</b>
I. Staatsformen .....	20
II. Regierungsformen und Staatszielbestimmungen .....	22
<b>B. Die Republik .....</b>	<b>23</b>
<b>C. Der Bundesstaat .....</b>	<b>24</b>
I. Begriff des Bundesstaates .....	24
II. Verhältnis von Bund und Ländern.....	25
1. Gesamtstaat und Gliedstaaten .....	25
2. Lehre vom drei- bzw. zweigliedrigen Bundesstaat.....	27
3. Pflicht zu bundesfreundlichem Verhalten (Bundestreue) .....	27
III. Vor- und Nachteile des Bundesstaats .....	28

<b>D. Die parlamentarische Demokratie .....</b>	<b>30</b>
I. Begriff der Demokratie .....	30
II. Neutralitätspflicht der Staatsorgane .....	32
III. Beteiligung von Personen, die nicht über eine demokratische Legitimation verfügen .....	34
IV. Wahlen und Abstimmungen auf Bundesebene .....	34
1. Die Wahlsysteme .....	35
a. Das Mehrheitswahlsystem .....	35
b. Das Verhältniswahlsystem .....	36
2. Die Wahlrechtsgrundsätze des Grundgesetzes .....	36
a. Die Allgemeinheit der Wahl .....	36
b. Die Unmittelbarkeit der Wahl .....	37
c. Die Geheimheit der Wahl und die Öffentlichkeit der Wahl .....	39
d. Die Freiheit der Wahl .....	41
e. Die Gleichheit der Wahl .....	42
3. Das Wahlsystem des Bundeswahlgesetzes .....	44
a. Personalisierte Verhältniswahl .....	44
b. Problem des negativen Stimmgewichts .....	47
c. Entstehen und Verfassungsmäßigkeit von Überhangmandaten .....	48
d. Gleichheit der Wahl und Wahlkreiszuschnitt .....	49
e. Nachrücken von Abgeordneten in den Bundestag .....	49
f. Problem der Grundmandatsklausel .....	50
g. Zusammenfassung und Bewertung .....	51
h. Wahlrecht und Ausländer .....	51
4. Wahlprüfung .....	53
5. Abstimmungen .....	54
V. Wahlen und Abstimmungen auf Länder- und Kommunalebene .....	56
<b>E. Rechtsstaat und Gewaltenteilung .....</b>	<b>58</b>
I. Das Rechtsstaatsprinzip als Fundamentalprinzip .....	58
II. Das Prinzip der Gewaltenteilung .....	60
1. Die Gewaltenteilung nach dem Grundgesetz .....	60
2. Abkehr von einer strikten Gewaltentrennung .....	63
a. Abgrenzungsprobleme und Kompetenzkonflikte zwischen Legislative und Exekutive .....	63
b. Abgrenzungsprobleme und Kompetenzkonflikte zwischen Exekutive und Judikative .....	65
c. Abgrenzungsprobleme und Kompetenzkonflikte zwischen Legislative und Judikative .....	66

III. Der Aufbau der Rechtsordnung .....	67
1. Verfassung .....	68
2. Formelles Gesetz .....	68
a. Formelle Rechtmäßigkeit des Gesetzes.....	70
aa. Gesetzgebungskompetenz (Zuständigkeit des Gesetzgebers) .....	70
bb. Verfahrens- und Formvorschriften .....	71
cc. Zitiergebot, Art. 19 I S. 2 GG.....	71
b. Materielle Rechtmäßigkeit des Gesetzes.....	73
aa. Besondere grundrechtsspezifische Anforderungen.....	73
bb. Allgemeine Rechtmäßigkeitsanforderungen .....	74
a.) Bestimmtheitsgebot/Grundsatz der Normenklarheit .....	74
b.) Verbot von Einzelfallgesetzen, Art. 19 I S. 1 GG.....	75
aa.) Maßnahmegesetz - Einzelfallgesetz .....	75
bb.) Verfassungsrechtliche Zulässigkeit .....	76
c.) Verhältnismäßigkeit des Gesetzes .....	77
d.) Die Wesensgehaltsgarantie, Art. 19 II GG.....	78
e.) Zusammenfassung .....	78
3. Rechtsverordnung .....	80
4. Satzung.....	83
5. Gewohnheitsrecht und Richterrecht.....	87
6. Verwaltungsvorschriften.....	88
7. Zusammenfassung zur Rechtsquellenlehre .....	89
8. Rangordnung der nationalen Rechtsquellen .....	89
IV. Prinzip der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung .....	90
1. Vorrang des Gesetzes .....	90
2. Vorbehalt des Gesetzes.....	91
a. Wesentlichkeitstheorie .....	91
b. Parlamentsvorbehalt .....	93
c. Reichweite des Gesetzesvorbehalts.....	94
aa. Eingriffsverwaltung.....	94
bb. Insbesondere: Gesetzesvorbehalt bei behördlichen Warnungen .....	95
d. Leistungsverwaltung .....	101
e. Gesetzesvorbehalt und (abzulehnendes) „Sonderrechtsverhältnis“ .....	104
aa. Frühere Annahme eines Sonderrechtsverhältnisses.....	104
a.) Betriebsverhältnis .....	105
b.) Grundverhältnis .....	105
bb. Heutige Lösung.....	105
3. Zusammenfassung zu Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes .....	108

V. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel (Übermaßverbot).....	108
1. Elemente des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes .....	108
a. Legitimer Zweck des Gesetzes bzw. der staatlichen Maßnahme .....	109
b. Geeignetheit des Gesetzes bzw. der staatlichen Maßnahme.....	110
c. Erforderlichkeit des Gesetzes bzw. der staatlichen Maßnahme .....	111
d. Angemessenheit des Gesetzes bzw. der staatlichen Maßnahme .....	111
2. Zum Anwendungsbereich des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes.....	113
a. Handeln des formellen Gesetzgebers .....	113
b. Ermessensentscheidungen der Verwaltung .....	113
c. Rechtlich gebundene Entscheidungen der Verwaltung .....	114
d. Bindung der Rechtsprechung an den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. 115	
VI. Rechtssicherheit: Rückwirkungsverbot/Vertrauensschutz.....	116
1. Rückwirkungsverbot im Strafrecht.....	116
2. Rückwirkungsverbot im Übrigen.....	118
a. Unterscheidung zwischen echter und unechter Rückwirkung .....	119
b. Zulässigkeit von echter und unechter Rückwirkung .....	120
c. Maßgeblicher Zeitpunkt für den Vertrauensschutz.....	122
d. Notwendigkeit von Übergangsregelungen/Ausnahmetatbeständen .....	123
e. Überblick über die Rspr. des BVerfG zur Rückwirkung von Gesetzen .....	125
3. Vertrauensschutz außerhalb des Rückwirkungsverbots?.....	126
<b>F. Das Sozialstaatsprinzip .....</b>	<b>127</b>
I. Bedeutung von Staatszielbestimmungen.....	127
II. Grundgesetzliche Ausformung des Sozialstaatsprinzips .....	127
III. Verfassungsmäßiger Auftrag an die Staatsgewalten .....	128
IV. Ansprüche des Einzelnen aus dem Sozialstaatsprinzip? .....	129
<b>G. Umweltschutz und Tierschutz .....</b>	<b>131</b>
I. Umweltschutz .....	131
1. Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen .....	131
2. Auftrag an Gesetzgeber, Verwaltung und Gerichte .....	132
II. Tierschutz.....	133
III. Legitimation von Grundrechtseingriffen .....	134
IV. Beeinträchtigung des Art. 20 a GG .....	135
V. Abschlussfälle .....	135
<b>H. Förderung der Europäischen Union .....</b>	<b>136</b>
I. Die historische Entwicklung der Europäischen Union.....	136
II. Die Europäische Union als Staatenverbund.....	139
III. Primäres und sekundäres EU-Recht.....	140

IV. Europäische Union und Demokratieprinzip.....	142
V. Verhältnis EU-Recht/nationales Recht .....	144
<b>4. Kapitel - Die politischen Parteien .....</b>	<b>150</b>
<b>A. Die Funktion der Parteien in der parlamentarischen Demokratie .....</b>	<b>150</b>
I. Begriff der politischen Partei .....	150
II. Gründungsfreiheit und innere Ordnung der politischen Parteien .....	151
III. Mitwirkung bei der „politischen Willensbildung des Volkes“ .....	153
<b>B. Die Chancengleichheit der politischen Parteien.....</b>	<b>154</b>
I. Materieller und formeller Gleichheitssatz .....	154
II. Das Parteiengesetz .....	154
III. Rechtsschutz in Bezug auf die Chancengleichheit .....	158
<b>C. Die Parteienfinanzierung .....</b>	<b>159</b>
I. Unmittelbare Parteienfinanzierung .....	159
II. Die Rechenschaftspflicht .....	161
III. Die steuerliche Begünstigung von Mitgliedsbeiträgen und Spenden .....	162
IV. Parteispenden .....	162
<b>D. Das Verbot verfassungswidriger Parteien (Art. 21 II GG) .....</b>	<b>164</b>
I. Art. 21 II GG als Ausdruck einer streitbaren und wehrhaften Demokratie .....	164
II. Das Parteiverbotsverfahren vor dem BVerfG.....	166
1. Zulässigkeit .....	166
a. Antragsberechtigung .....	166
b. Antragsgegenstand .....	166
c. Antragsgegner.....	166
d. Durchführung eines Vorverfahrens gem. § 45 BVerfGG .....	167
e. Formerfordernisse .....	167
2. Begründetheit .....	167
a. Freiheitliche demokratische Grundordnung .....	167
b. Beeinträchtigung oder Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Ordnung .....	167
c. Darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Ordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen.....	168
d. Gefährdung des Bestands der Bundesrepublik Deutschland.....	168
III. Rechtsfolgen des Parteiverbots .....	168

## **5. Kapitel - Die obersten Verfassungsorgane (Staatsorgane) ..... 169**

### **A. Der Bundestag .....169**

I. Beginn und Ende der Wahlperiode des Bundestags .....	170
II. Der Bundestag als Ausdruck der repräsentativen Demokratie.....	170
III. Zuständigkeiten und Aufgaben des Bundestags .....	171
1. Umfassender Zuständigkeitsbereich des Bundestags .....	171
2. Begriff der Mehrheit.....	173
3. Parlamentsbeschlüsse .....	175
a. Echte Parlamentsbeschlüsse.....	175
b. Schlichte Parlamentsbeschlüsse.....	176
IV. Grundsatz der Diskontinuität .....	177
V. Die Geschäftsordnung des Bundestags.....	179
VI. Untergliederungen des Bundestags .....	181
1. Präsident, Präsidium und Ältestenrat .....	181
a. Der Bundestagspräsident.....	181
b. Das Präsidium .....	182
c. Der Ältestenrat .....	182
2. Die Fraktionen.....	183
3. Die Ausschüsse .....	184
4. Insbesondere: Der Untersuchungsausschuss nach Art. 44 GG.....	185
a. Aufgaben eines Untersuchungsausschusses.....	185
b. Rechtsschutzgesichtspunkte.....	191
VII. Die Rechtsstellung der Bundestagsabgeordneten .....	192
1. Das freie Mandat.....	192
2. Indemnität und Immunität .....	199
a. Indemnität .....	199
b. Immunität.....	200
3. Rede-, Frage- und Informationsrecht der Abgeordneten .....	202
4. Zeugnisverweigerungsrecht und Beschlagnahmeverbot .....	203
5. Fraktionslose Abgeordnete.....	203
6. Pflichten des Abgeordneten .....	204
7. Rechtsschutz in Bezug auf Abgeordnetenrechte.....	204

### **B. Der Bundesrat .....205**

I. Die Stellung des Bundesrats im Staatsgefüge der Bundesrepublik .....	205
II. Zusammensetzung des Bundesrats.....	206
III. Rechte und Aufgaben des Bundesrats .....	207
1. Mitwirkung bei der Gesetzgebung des Bundes .....	207
2. Mitwirkung bei der Verwaltung des Bundes .....	208

3. Mitwirkung in Angelegenheiten der Europäischen Union .....	208
4. Recht, an der personellen Besetzung des BVerfG mitzuwirken.....	209
<b>C. Der Gemeinsame Ausschuss .....</b>	<b>209</b>
<b>D. Die Bundesregierung und der Bundeskanzler .....</b>	<b>210</b>
I. Die Bundesregierung als oberstes Verfassungsorgan .....	210
II. Wahl des Bundeskanzlers und Amtsdauer der Bundesregierung .....	211
1. Wahl des Bundeskanzlers .....	211
2. Ernennung der Bundesminister (Kabinettsbildungsrecht) .....	213
3. Amtsdauer der Bundesregierung, Misstrauensvotum, Vertrauensfrage.....	213
a. Amtsdauer der Bundesregierung .....	213
b. Konstruktives Misstrauensvotum .....	213
c. Vertrauensfrage.....	214
III. Kanzlerprinzip, Ressortprinzip, Kollegialprinzip.....	219
1. Das Kanzlerprinzip (die Richtlinienkompetenz).....	219
2. Das Ressortprinzip.....	221
3. Das Kollegialprinzip; Aufgaben der Bundesregierung .....	222
4. Rangverhältnis .....	223
<b>E. Der Bundespräsident .....</b>	<b>224</b>
I. Stellung des Bundespräsidenten im Staatsgefüge.....	224
1. Repräsentations-, Integrations- und Reservefunktion .....	224
2. Aufgaben und Befugnisse des Bundespräsidenten.....	224
3. Gegenzeichnungspflicht .....	225
II. Wahl des Bundespräsidenten .....	227
III. „Prüfungscompetenz“ des Bundespräsidenten bei der Ausfertigung von Gesetzen..	229
1. Formelles Prüfungsrecht.....	229
2. Materielles Prüfungsrecht .....	230
a. Wortlaut des Art. 82 I S. 1 GG .....	230
b. Amtseid des Bundespräsidenten .....	230
c. Möglichkeit der Präsidentenanklage .....	231
d. Heranziehung der Verfassung als Ganzes .....	231
3. Prüfungsrecht durch Vertreter bei Verhinderung? .....	232
IV. Recht des Bundespräsidenten zur Bundestagsauflösung .....	234
V. Recht des Bundespräsidenten, die Ernennung eines Ministers zu verweigern.....	234
1. Rechtliches Prüfungsrecht .....	234
2. Politisches Prüfungsrecht .....	236
VI. Recht des Bundespräsidenten, Bundesbeamte zu ernennen und zu entlassen ....	237
VII. Völkerrechtliche Vertretung des Bundes.....	239

1. Einführung .....	239
2. Hinweise für die Fallbearbeitung .....	240
3. Vertragsschluss .....	240
a. Abschlusskompetenz .....	240
b. Beteiligung der Gesetzgebungsorgane .....	241
4. Transformation in deutsches Recht .....	241
a. Transformationskompetenz .....	241
b. Transformationsverfahren .....	242
<b>F. Das Bundesverfassungsgericht .....</b>	<b>243</b>
I. Bundesverfassungsgericht als Hüter der Verfassung .....	243
II. Verfassungsrechtliche Verfahrensarten .....	244
1. Organstreitverfahren, Art. 93 I Nr. 1 GG, §§ 13 Nr. 5, 63 ff. BVerfGG .....	245
a. Zulässigkeit .....	246
aa. Zuständigkeit des BVerfG (Art. 93 I Nr. 1 GG) .....	246
bb. Parteifähigkeit der Beteiligten (Art. 93 I Nr. 1 GG, § 63 BVerfGG) .....	247
cc. Streitgegenstand .....	250
dd. Antragsbefugnis (= Prozessführungsbefugnis des Antragstellers) .....	251
ee. Form und Frist .....	254
ff. Rechtsschutzbedürfnis .....	255
b. Begründetheit .....	255
c. Verhältnis zur abstrakten Normenkontrolle .....	256
d. Übungsfall .....	256
2. Die abstrakte Normenkontrolle, Art. 93 I Nr. 2 GG, §§ 13 Nr. 6, 76 ff. BVerfGG ...	257
a. Zulässigkeit .....	258
aa. Zuständigkeit des BVerfG .....	258
bb. Antragsberechtigung .....	258
cc. Antragsgegenstand (= Prüfungsgegenstand) .....	258
dd. Antragsbefugnis bzw. Klarstellungsinteresse .....	259
ee. Form und Frist .....	260
b. Begründetheit .....	261
aa. Prüfungsmaßstab .....	261
bb. Entscheidung des Gerichts .....	261
c. Verhältnis zum Organstreitverfahren .....	262
d. Besonderheit bei der Überprüfung von EU-Recht .....	262
e. Besonderheit wegen Art. 93 I Nr. 2 a GG .....	262
3. Die konkrete Normenkontrolle, Art. 100 I GG, §§ 13 Nr. 11, 80 ff. BVerfGG (Richtervorlage) .....	263
a. Zulässigkeit .....	265



aa. Zuständigkeit des BVerfG .....	265
bb. Vorlageberechtigter bzw. -verpflichteter: ein Gericht .....	265
cc. Vorlagefähiger Gegenstand: ein Gesetz.....	266
dd. Überzeugung des Gerichts von der Verfassungswidrigkeit des Gesetzes ...	268
ee. Entscheidungserheblichkeit des Gesetzes.....	268
ff. Form und Frist.....	269
b. Begründetheit der Richtervorlage .....	270
4. Bund – Länder – Streitigkeit, Art. 93 I Nr. 3 GG, §§ 13 Nr. 7, 68 ff. BVerfGG ..	271
a. Zulässigkeit.....	272
aa. Zuständigkeit des BVerfG .....	272
bb. Antragsteller - Antragsgegner.....	272
cc. Streitgegenstand .....	272
dd. Antragsbefugnis.....	273
ee. Form und Frist .....	273
ff. Rechtsschutzbedürfnis .....	273
b. Begründetheit .....	274
5. Verfassungsbeschwerde, Art. 93 I Nr. 4 a GG, §§ 13 Nr. 8 a, 90 ff. BVerfGG...	275
a. Zulässigkeit.....	277
aa. Zuständigkeit des BVerfG .....	277
bb. Beschwerdeführer .....	277
a.) Beschwerde- bzw. Beteiligtenfähigkeit.....	277
b.) Prozessfähigkeit.....	280
cc. Beschwerdegegenstand: Akt der „öffentlichen Gewalt“ .....	281
dd. Beschwerdebefugnis .....	282
a.) Möglichkeit einer Grundrechtsverletzung.....	282
b.) Verschärfung der Anforderungen durch das BVerfG.....	283
c.) Bei Gesetzen: Betroffenheit des Beschwerdeführers .....	284
aa.) Selbstbetroffenheit (eigene Beschwerde) .....	285
bb.) Unmittelbare Beschwerde bzw. Betroffenheit .....	286
cc.) Gegenwärtige Beschwerde.....	288
d.) Verletzung spezifischen Verfassungsrechts bei Urteilsverfassungs- beschwerde.....	289
ee. Form und Frist .....	291
ff. Rechtsschutzbedürfnis .....	292
a.) Grundsatz der Rechtswegerschöpfung .....	292
b.) Grundsatz der Subsidiarität .....	293
c.) Zwischenzeitliche Erledigung des Rechtsstreits.....	296
d.) Ausnahmen von Rechtswegerschöpfung und Subsidiarität .....	296

e.) Ausnahmen bei der zwischenzeitlichen Erledigung .....	297
gg. Rücknahme der Verfassungsbeschwerde .....	298
hh. Exkurs: Annahme zur Entscheidung .....	298
b. Begründetheit .....	298
6. Weitere Verfahren vor dem BVerfG, insb. Kompetenzkontrolle .....	300
7. Einstweilige Anordnungen des BVerfG .....	303
a. Einführung .....	303
b. Zulässigkeit eines Antrags auf Erlass einer e.A. ....	304
aa. Statthaftigkeit des Antrags .....	305
bb. Antragsberechtigung .....	305
cc. Keine Unzulässigkeit des Hauptsacheverfahrens .....	305
dd. Grundsätzlich keine Vorwegnahme der Hauptsache .....	306
ee. Form und Frist .....	306
ff. Rechtsschutzbedürfnis .....	306
c. Begründetheit eines Antrags auf Erlass einer e.A. ....	307
<b>6. Kapitel - Organe der Europäischen Union .....</b>	<b>308</b>
<b>A. Die Organe im Überblick.....</b>	<b>308</b>
<b>B. Das Europäische Parlament.....</b>	<b>308</b>
<b>C. Der Europäische Rat .....</b>	<b>310</b>
<b>D. Der Rat der Europäischen Union.....</b>	<b>311</b>
<b>E. Die Kommission .....</b>	<b>313</b>
<b>F. Der Gerichtshof der Europäischen Union .....</b>	<b>315</b>
<b>7. Kapitel - Das Gesetzgebungsverfahren.....</b>	<b>321</b>
<b>A. Die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen .....</b>	<b>322</b>
I. Grundsätze der Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen .....	322
II. Die Gesetzgebungskompetenz der Länder .....	323
III. Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes .....	325
1. Ausschließliche Zuständigkeit des Bundes .....	327
a. Sperrwirkung gegenüber der Landesgesetzgebung .....	327
b. Gegenstände der ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz .....	327
aa. Enumerationsprinzip .....	327
bb. Katalog des Art. 73 I GG .....	328
c. Zustimmungserfordernis gem. Art. 73 II GG.....	330
2. Konkurrierende Gesetzgebung .....	330
a. Kern-, Bedarfs- und Abweichungskompetenzen.....	330

aa. Kernkompetenzen .....	331
bb. Bedarfskompetenzen .....	332
cc. Abweichungskompetenzen .....	332
b. Rückföhrungsklausel, Art. 72 IV GG .....	335
c. Eingeschränkte Sperrwirkung für die Landesgesetzgebung .....	336
aa. Zeitliche Sperrwirkung .....	336
bb. Inhaltliche Sperrwirkung .....	337
d. Der Zuständigkeitskatalog des Art. 74 I GG .....	339
e. Das Erfordernis einer bundesgesetzlichen Regelung .....	347
aa. Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse .....	347
bb. Wahrung der Rechts- und Wirtschaftseinheit .....	348
cc. Erforderlichkeit der Regelung .....	348
3. Abschaffung der Rahmengesetzgebungskompetenz .....	351
4. Grundsatzgesetzgebung/Gemeinschaftsaufgaben .....	352
5. Ungeschriebene Gesetzgebungskompetenzen des Bundes .....	353
a. Zuständigkeit kraft Sachzusammenhangs .....	353
b. Annexkompetenz .....	356
c. Bundeszuständigkeit kraft Natur der Sache .....	357
6. Übergangsregelungen .....	358
7. Aufhebung von Gesetzen, die nicht mehr erlassen werden dürften .....	360
8. Prüfungsschema zu den Gesetzgebungskompetenzen .....	361
<b>B. Das Gesetzgebungsverfahren nach den Art. 76 ff. GG .....</b>	<b>363</b>
I. Die Einleitung des Gesetzgebungsverfahrens .....	364
1. Das Initiativrecht (Art. 76 I GG) .....	364
a. Bundesregierung, Bundesrat, Mitte des Bundestags .....	364
b. Gesetzesinitiative durch einen einzelnen Abgeordneten .....	364
2. Das Vorverfahren (Art. 76 II, III GG) .....	366
a. Vorlagen der Bundesregierung (Art. 76 II GG) .....	366
b. Vorlagen des Bundesrats (Art. 76 III GG) .....	368
II. Das Hauptverfahren .....	368
1. Der Gesetzesbeschluss des Bundestags .....	368
a. Die Gesetzesberatungen nach §§ 78 ff. GO BT .....	368
b. Gesetzesbeschluss ohne Durchführung von drei Beratungen .....	369
c. Gesetzesbeschluss bei nur wenigen anwesenden Abgeordneten .....	370
2. Die Mitwirkung des Bundesrats im Gesetzgebungsverfahren .....	372
a. Einspruchs- und Zustimmungsgesetze .....	372
aa. Gesetzgebungsverfahren bei Einspruchsgesetzen .....	377
bb. Gesetzgebungsverfahren bei Zustimmungsgesetzen .....	380

cc. Umdeutung einer verweigerten Zustimmung als Einspruch .....	382
dd. Nichtbefolgung von Weisungen der Landesregierung .....	383
ee. Uneinheitliche Stimmabgabe im Bundesrat .....	383
b. Zustimmungsbedürftigkeit von Änderungsgesetzen .....	385
c. „Aufspalten“ von Gesetzen .....	386
3. Das Zustandekommen von Bundesgesetzen (Art. 78 GG) .....	388
4. Übungsfall .....	388
III. Das Abschlussverfahren .....	388
IV. Folgen eines Verstoßes gegen Verfahrensvorschriften .....	390
1. Verstöße gegen die Geschäftsordnung .....	390
2. Verstöße gegen Verfahrensvorschriften des Grundgesetzes .....	390
<b>C. Verfassungsändernde Gesetze.....</b>	<b>390</b>
I. Verfassungsänderndes Gesetzgebungsverfahren .....	390
II. Materielle Schranken für Verfassungsänderungen .....	391
<b>D. Der Erlass von Rechtsverordnungen.....</b>	<b>392</b>
I. Die Rechtsverordnung als eine von der Exekutive erlassene Rechtsnorm .....	392
II. Die Voraussetzungen der Rechtsverordnung .....	392
1. Art. 80 I GG als Ausgangsbasis für den Erlass von Rechtsverordnungen .....	392
2. Ermächtigungsgrundlage und deren Rechtmäßigkeit .....	393
3. Formelle Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen .....	394
a. Zuständigkeit (richtiger Adressat der Verordnungsermächtigung) .....	394
b. Verfahren .....	395
c. Form .....	395
d. Verkündung .....	395
4. Materielle Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen .....	395
5. Ermessen .....	395
III. Die Rechtswidrigkeit der Rechtsverordnung und ihre Folgen .....	396
IV. Rechtsschutz gegen rechtswidrige Rechtsverordnungen .....	396
1. Bundesebene .....	396
2. Landesebene .....	398
<b>8. Kapitel - Die Ausführung der Gesetze durch die Verwaltung.....</b>	<b>400</b>
<b>9. Kapitel - Die Finanzverfassung .....</b>	<b>404</b>
<b>A. Ausgabenlast (Ausgabentragung), Art. 104 a GG .....</b>	<b>404</b>
<b>B. Steuergesetzgebungskompetenzen (Art. 105 GG).....</b>	<b>408</b>
I. Steuern, Zölle und Finanzmonopole .....	408
II. Gebühren und Beiträge .....	409

III. Sonderabgaben.....	410
IV. Verteilung der Steuergesetzgebungskompetenzen .....	411
<b>C. Verteilung des Steueraufkommens (Art. 106 und 107 GG) .....</b>	<b>413</b>
I. Überblick.....	413
II. Bundessteuern (Art. 106 I GG) .....	413
III. Landessteuern (Art. 106 II GG) .....	414
IV. Gemeinschaftsteuern (Art. 106 III, IV GG) .....	414
V. Verteilung der Einkommen- und Körperschaftsteuer (Art. 106 III S. 1 und 2 GG) .....	414
VI. Verteilung der Umsatzsteuer (Art. 106 III S. 3 und IV S. 1 GG).....	414
VII. Finanzausweisung des Bundes an die Länder (Art. 106 IV S. 2, 3 GG).....	415
VIII. Ertragshoheit der Gemeinden (Art. 106 V-VII GG) .....	415
IX. Sonderlastenausgleich (Art. 106 VIII GG).....	417
X. Horizontale Steuerertragsaufteilung (Art. 107 I GG) .....	417
XI. Horizontaler Finanzausgleich (Art. 107 II GG).....	418
XII. Übungsfall .....	419
<b>D. Finanzverwaltung und Finanzgerichtsbarkeit (Art. 108 GG).....</b>	<b>419</b>